

Nach den Wahlen

Wahlsieger Umweltlobby

Umweltverbände haben im Nationalrat die Wirtschaftsvertreter abgehängt

Im neuen Nationalrat stellen Umwelt- und Verkehrsverbände die meisten Interessensvertreter. Die Wirtschaft ist zurückgefallen, zumindest temporär.

Daniel Friedli, Sarah Nowotny

BDP und Grünliberale haben gewonnen, alle anderen leicht oder deutlich verloren. So lautet das Resultat der Wahlen 2011, oder genauer: eines der Resultate. Denn hinter dem Ringen um Wähleranteile spielt sich jeweils mit ähnlicher Intensität ein zweiter Kampf ab, jener der Lobbys. Und auch der hat letzten Sonntag ein klares Verdikt gebracht: Grosse Gewinner sind die Umweltverbände, das Nachsehen hat die organisierte Wirtschaft.

Die «NZZ am Sonntag» hat sämtliche Mandate der alten und neuen Nationalräte verglichen, mit folgendem Resultat: Die Umweltverbände sowie jene Gruppen und Branchen, die eine Energiewende anstreben, konnten am stärksten zulegen (siehe Grafik). Den Umweltverbänden gelang es locker, ge-

wichtige Abgänge wie den von Fabio Pedrina (sp.), dem Präsidenten der Alpen-Initiative, zu kompensieren; vor allem Pro Natura schickt mit Präsidentin Silva Semadeni (sp.) und dem Solothurner Kantonalvorstand Stefan Müller-Altermatt (cvp.) eine starke Delegation nach Bern. Die Cleantech-Branche hat vor allem aus der GLP Verstärkung erhalten, bei der gleich vier Cleantech-Unternehmer oder -Lobbyisten die Wahl schafften. Verstärkt wird ihre Kraft dadurch, dass umgekehrt die Atomindustrie an Einfluss verlor.

ÖV stärker als Auto-Branche

Damit rücken die Umweltverbände an die stärkste Lobby heran, jene des öffentlichen Verkehrs. Diese hat zwar 5 Vertreter verloren, noch immer sind aber nicht weniger als 30 Nationalräte auf die eine oder andere Weise mit dem öV verhandelt. Die Riege reicht von VCS-Präsidentin Franziska Teuscher (Grüne) bis zum neuen SVP-Nationalrat Thomas de Courten, der bei den Busbetrieben Liestal im Verwaltungsrat sitzt. Der öV vereint damit auch deutlich mehr Vertreter als die

Auto-Branche. Hinter den «grünen» Lobbys folgen die Bauern, die dieses Mal an Schlagkraft eingebüsst haben.

Grosse Verliererin ist die Wirtschaft. Sowohl Banken und Versicherungen wie auch die grossen Dachverbände Economiesuisse, Arbeitgeberverband und Gewerbeverband haben an Einfluss verloren. Illustriert wird dies etwa durch die Abwahl von CS-Kreditmanager Thomas Fuchs (svp.) oder den Rückzug von Allianz-Verwaltungsrätin Martine Brunschwig Graf (fdp.). Dem Versicherungsverband ist es nicht gelungen, seine neue Lobbyistin Susanne Brunner (svp.) zu installieren. Eine Ausnahme bildet die UBS, die mit Vermögensverwalterin Céline Amaudruz (svp.) und UBS-Lobbyist Martin Landolt (bdp.) jetzt doppelt vertreten ist.

Nun beginnt der Postenschacher

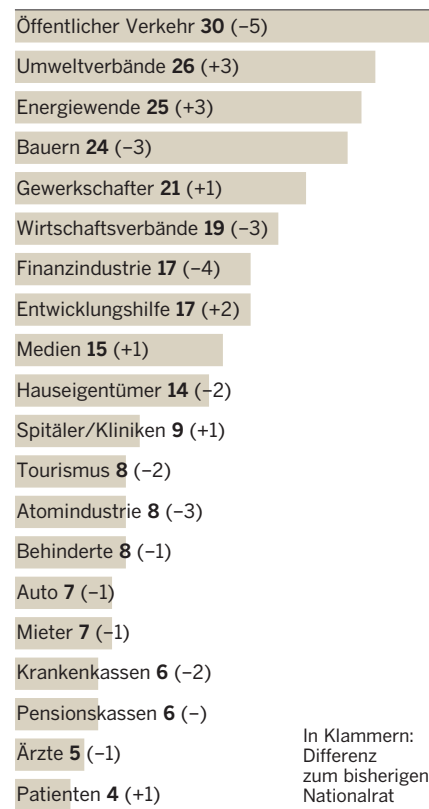
So klar das Bild derzeit ist, die Balance könnte sich durchaus noch in Richtung Wirtschaft verschieben. Denn der Postenschacher beginnt jeweils erst richtig, wenn klar ist, welcher Politiker in welcher Kommission Platz nimmt.

Dann werden jene Firmen und Verbände aktiv, die direkt am für sie relevanten Gesetzgebungsprozess beteiligt sein wollen. Und die nehmen gemäss Fredy Müller, dem Präsidenten der Public-Affairs-Gesellschaft, zu. Müller beobachtet, dass sich mehr und mehr Firmen nicht mehr bloss durch ihre Branchenverbände vertreten lassen, sondern in den direkten Zugang investieren. Beispiele dafür sind die Zurich-Versicherungen und die UBS, die mit Christa Markwalder (fdp.) und Martin Landolt (bdp.) gewählte Parlamentarier für Lobby-Arbeit anheuert.

Wie viel Erfolg die Firmen und Verbände bei der Suche nach neuen Verbündeten haben werden, dürfte auch von der politischen Entwicklung abhängen. Der neue Nationalrat wird bald zu entscheiden haben, ob seine Mitglieder künftig ihre Einnahmen aus Nebenämtern offenlegen müssen. Bisher wurde dies stets abgelehnt. Am Sonntag sind nun allerdings mehrere Bürgerliche hinzugekommen, die sich zumindest im Vorfeld der Wahlen für mehr Transparenz bei der Finanzierung der Politik ausgesprochen haben.

Die 20 stärksten Lobbys

Zahl der Nationalräte, die in der jeweiligen Branche tätig oder mit ihr verhandelt sind



In Klammern: Differenz zum bisherigen Nationalrat

Quelle: Parlamentsdienste, eigene Recherchen

Parlament intim

Kinderreiche Räte

Der durchschnittliche Volksvertreter ist männlich, um die 50 Jahre alt, verheiratet und hat 1,9 Kinder. Das zeigt die Statistik über die 231 National- und Ständeräte, deren Wahl bereits feststeht:

- **Zivilstand.** 152 der 231 bekannten Räte sind verheiratet. 51 geben an, ledig zu sein, nur 20 sind geschieden oder getrennt (davon zumindest zwei wieder verheiratet), und 3 sind verwitwet. Ein Parlamentarier gibt an, verlobt zu sein (Bastien Girod), einer lebt in eingetragener Partnerschaft (Claude Janiak).
- **Nachwuchs.** Rekordhalter ist CVP-Ständerat Jean-René Fournier. Der Walliser ist Vater von sechs Kindern. Überhaupt haben die Schweizer ein kinderfreundliches Parlament gewählt: 90 Parlamentarier geben an, mehr als drei Kinder gezeugt zu haben. Zum Vergleich: Der Schweizer Durchschnitt beträgt 1,5 Kinder pro Frau. Die neuen Ratsmitglieder haben durchschnittlich 1,9 Kinder auf die Welt gestellt.
- **Geschlecht.** Der Frauenanteil im Nationalrat bleibt mit 29,5 Prozent (59 Frauen wurden gewählt) stabil; im Jahr 2007 waren es 30 Prozent.
- **Alter.** Das neue Parlament ist leicht jünger als das alte. Das Durchschnittsalter im Nationalrat beträgt 50,3 Jahre. Der Jüngste ist der 24-jährige Mathias Reynard (sp.) aus dem Wallis. Doyen ist der Waadtländer Jacques Neirynek (cvp.) mit 80 Jahren, vor dem 71-jährigen Christoph Blocher (svp.). (brk./dli.)



Weniger Bauern- und Banken-Vertreter, mehr Cleantech-Lobbyisten: Blick in den Nationalratssaal. (Bern, 29. September 2011)

Neues Parlament will Volksrechte einschränken

Das neu gewählte Parlament will das Armeebudget laut Smartvote nicht erhöhen. Eine Mehrheit ist für die Einschränkung der Volksrechte.

Katharina Bracher

Das neue Parlament wird die Schweizer Politik nicht auf den Kopf stellen. In einzelnen Fragen werden sich die Mehrheiten trotzdem massgeblich verändern. Diesen Schluss legt die Auswertung einzelner Fragen von Smartvote nahe; 211 der 231 bereits gewählten National- und Ständeräte haben den Fragebogen der Online-Wahlhilfe zu Beginn des Wahlkampfes ausgefüllt.

Knapp 60 Prozent der gewählten Parlamentarier tendieren zu einer Einschränkung der geltenden Volksrechte. Auf die Frage «Sollen Volksinitiativen für ungültig erklärt werden, wenn sie

gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossen?» antworteten 59,3 Prozent mit «Ja» oder «Eher Ja» (Frage 5 in der Grafik). Dieser Lösungsansatz geht weiter als jener der Staatspolitischen Kommission, die in einer Motion vorgeschlagen hat, dass der Bund vor der Unterschriftensammlung eine nicht bindende materielle Prüfung der Initiative vornehmen soll.

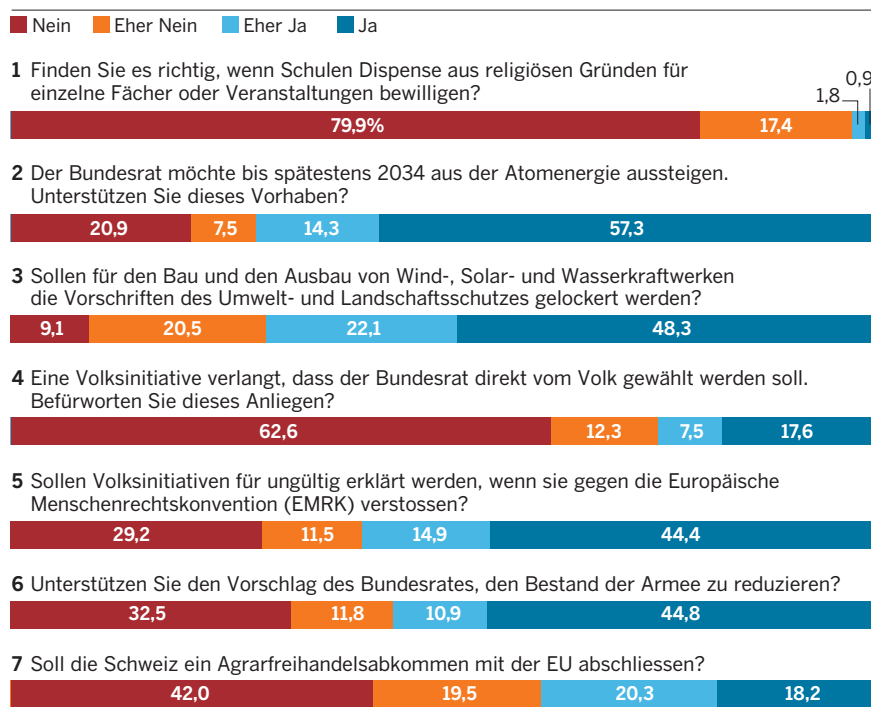
Der Atomausstieg wird auch vom neuen Parlament getragen. 71,6 Prozent sagen «Ja» oder «Eher Ja» (Frage 2). Ein Blick auf die Detailauswertung zeigt, dass die FDP den Ausstieg nun deutlich befürwortet: 66,7 Prozent beantworteten die Frage nach dem Ausstieg mit «Ja» oder «Eher Ja». Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die meisten Parlamentarier gewillt sind, für die Förderung erneuerbarer Energien Einschnitte beim Umweltschutz in Kauf zu nehmen. Die

Frage «Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken der Umwelt- und Landschaftsschutz gelockert werden?» haben 70,4 Prozent mit «Ja» oder «Eher Ja» beantwortet (Frage 3).

Schwierig könnte es für Verteidigungsminister Ueli Maurer werden, den soeben vom alten Parlament erhöhten Verteidigungsetat im neuen Parlament zu verteidigen. Die Frage nach dem zukünftigen Armeebudget beantworteten 36,1 Prozent der Gewählten mit «gleich viel», 39,5 Prozent mit «deutlich weniger». Nur gerade 24,3 Prozent wollen «deutlich mehr» Geld für die Armee. Die Frage ist, ob sich die Gewählten nach der Wahl an ihre Aussagen vor der Wahl halten werden. Als der Nationalrat vor kurzem einer Aufstockung der Armeeaussgaben zustimmte, haben mehrere Ratsmitglieder entgegen ihrer Antwort im Smartvote-Fragebogen votiert.

So denken die gewählten National- und Ständeräte

Mehrheiten in sieben sachpolitischen Fragen gemäss Smartvote-Fragebogen



Quelle: Smartvote (Angaben von 211 bisher gewählten Parlamentariern)